

# DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M. u. Kreuzb. 4 M. viertel. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Perle 10. Spzr.: 44 28 83. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598  
46. Jahrgang Hamburg, 3. Dezember 1932 Nummer 49

## Was bescherte uns die Papen-Regierung?

Durch den Abgang der Papen-Regierung ist in der abwechslungsreichen Geschichte Deutschlands ein neuer Abschnitt beendet worden. Die Herrschaft der Barone war vielleicht die schlimmste Epoche der Nachkriegszeit. Unvorhergesehen, wie ein Gespenst, stand Ende Mai plötzlich eine abgetafelte Herrschaft an dem Schalthelme der politischen Macht. Nach einer Herrschaft dieser Leute von 170 Tagen können wir jetzt die Bilanz ziehen. Mit dem Kabinett der Freiherren und Barone sollte auch eine neue Regierungsform erprobt werden. Man erfindet das System von der „autoritären Präsidialgewalt“. So können wir auch rückwärtig uns ein Bild darüber machen, wie dieses neue Regierungssystem gewirkt hat.

Der verflorenen Regierungschef von Papen war ein redegewandter Herr. Seine Reden sind zu vergleichen mit denen Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms II. Sofort nach seinem Regierungsantritt verkündete er: „Die Nachkriegsregierungen haben den Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“ Um die Abkehr von diesem System vor aller Welt deutlich zu demonstrieren, wurde die Notverordnung vom 15. Juni erlassen. Es folgte ein Sozialabbau auf der ganzen Linie. Kürzung der Kriegsbeschädigtenrenten, der Invaliden- und Angestelltenrenten, der Renten aus der Knappschafts- und Unfallversicherung usw. Die Arbeitslosenunterstützung wurde nicht weniger als um 10 Millionen Mark gekürzt. Der gleiche Betrag wurde dem Volke in Form von neuen Steuern aufgelegt. Diese neuen Belastungen mußten in erster Linie von den Lohn- und Gehaltsempfängern getragen werden. Der so herbeigeführte Kaufkraft m.o.d. wirkte sich in verhängnisvoller Weise auf die Wirtschaft aus.

Als man sah, daß das Wirtschaftsleben immer tiefer und tiefer sank, bereitete man neue gesetzgeberische Maßnahmen vor. Es folgte das im September verkündete große Ankerbelungsprogramm. Dieses Programm hatte in erster Linie den Zweck, die kapitalistische Privatwirtschaft zu retten und ihr einen neuen Impuls zu geben. Zu dessen Durchführung wurden den Unternehmern 1 1/2 Milliarden Steuererlasse in den Schoß geworfen. Außerdem erhielten die Unternehmer 700 Millionen staatliche Lohnsubventionen. Daneben wurde noch eine Reihe Liebesgaben an Agrarier, Hausbesitzer usw. ausgeteilt. Der Arbeiterschaft aber bescherte man weitere Belastungen. Die ohnehin niedrigen Löhne sollten weiter gekürzt werden, damit das Arbeitsbeschaffungsprogramm richtig funktioniere. Doch nicht nur dies. Auch das in der Verfassung gewährleistete Tarifrecht wurde unterhöhlt und in wichtigen Bestimmungen unwirksam gemacht. Dieses Werk wurde mit Stolz verkündet und immer und immer wieder durch Reden in Konferenzen und im Rundfunk als der Weisheit letzter Schluß gepriesen. Die Solbschreiber des kapitalistischen Systems wurden nicht müde, täglich die Vorzüglichkeit einer solch großangelegten Maßnahme zu betonen. Zweieinhalb Monate nach Inkrafttreten des Ankerbelungsprogramms ist man in der Lage festzustellen, daß die Arbeitslosigkeit nicht eingedämmt werden konnte. Geblieben ist nur eine maßlose Verbitterung der entrechteten Volksschichten, weil auf ihrem Rücken die Maßnahmen in der Hauptsache durchgeführt wurden. Riesige Staatsgeschenke hier, wurden mit Verschlechterung des Lebensstandards dort ausgeglichen. Die sozialpolitische Bilanz der 170 Tage Papen-Regierung ist verheerend.

Wirtschaftspolitisch sind Erfolge kaum zu verzeichnen. Die einseitige Zusammenfassung des Kabinetts führte zu besonderen Aktionen für die Landwirtschaft. Dem landwirtschaftlichen Großgrundbesitz wurden nicht geringe Mittel in Form von Osthilfsgeldern, Genossenschaftsbeihilfen, Zollerhöhungen usw. gewährt. Daneben versuchte man eine grundsätzliche Aenderung der Handelspolitik herbeizuführen. Einig in dem Willen, der Landwirtschaft auch hier zu helfen, versiel man auf den Gedanken des Kontingentsystems. Die ausgesandte Tomatenkommission kehrte mit negativen Ausföngen heim. Wie vorausgesehen, wehrten sich die Länder, deren Handel mit Deutschland beschränkt werden sollte, durch Gegenmaßnahmen. Infolgedessen erwachsen

der Ausfuhr deutscher Industriewaren neue Schwierigkeiten. Arbeiter der deutschen Exportindustrie verloren deshalb ihre Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit wurde vermehrt. Die Regierung, die ausgezogen war, Politik und Wirtschaft gründlich zu ändern, verstand es noch nicht einmal, die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu halten. Man schätzt das Defizit des Reichs auf 800 Millionen Mark. Die Auswirkungen der Papen-Regierung auf die Wirtschaftspolitik waren also gleichfalls verheerend.

Auf politischem Gebiete hinterläßt die Papen-Regierung ein vollständiges Durcheinander. Eine zweimalige Reichstagsauflösung hat das Volk in unfruchtbare politische Kämpfe gestürzt. Eine Terrorwelle hat sich nach Antritt der Papen-Regierung über das Volk ergossen, wie man es bis dahin noch niemals erlebt hatte. Die erste Regierungsmaßnahme war die Aufhebung des S.A.-Verbots. Dies geschah, um die „lebendigen und aufbaumülligen Kräfte der Nation“ zur Mitarbeit heranzuziehen. Dadurch wurde die Hitlerische Terror-Armee künstlich gestärkt. Die Folgen sind bekannt.

## Der Verbandsbeirat zu den Satzungsänderungen und zum Fachblatt

Im „Maler“, Nummer 48, wurde schon Näheres über den ersten Verhandlungstag des Verbandsbeirats berichtet. Am zweiten Verhandlungstage, dem 12. November, wurde zunächst das Ableben des Genossen Hermann Müller, Lichtenberg, aus des Kollegen Pürfürst, Düsseldorf, geehrt, denen Kollege Bag eine warmempfundene Gedenkrede hielt. Dann sprach er über die Notwendigkeit zur Satzungsänderung. Die Gewerkschaften leiden allgemein unter der Krise und stehen vor der Aufgabe, ihre Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. So habe auch unsere Organisation mancherlei Sparmaßnahmen durchgeführt. Die Gehälter aller Angestellten seien stark, bis zu 46%, gekürzt worden. Auch ein Personalabbau, soweit sich dieser vertreten ließ, sei erfolgt. Es werde sich aber nicht umgehen lassen, Schritte zu weiteren Sparmaßnahmen zu unternehmen. Diese könnten darin bestehen, das Unterstützungswesen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Durch die geringen Aufnahmen in den letzten Jahren sei eine Ueberalterung der Mitglieder eingetreten, die ebenfalls eine Belastung für die Hauptkasse bedeute. Daher müsse sich der Verbandsbeirat ernstlich mit dieser Angelegenheit beschäftigen und Wege zur Gesundung der Verhältnisse suchen. Kollege Bag ging dann näher auf die den Beiratsmitgliedern schriftlich unterbreiteten Änderungsanträge des Vorstandes zu den Verbandsatzungen ein. Sie enthalten auch eine Neuregelung, und zwar Senkung der Beiträge. Weiter ist daraus hervorzuhelien, daß künftig der vor 30 Wochen gezahlte Beitrag der Unterstützungsberechnung zugrunde gelegt werden soll, wenn nicht innerhalb der letzten 30 Wochen eine oder mehrere niedrige Marken geklebt wurden. Während des Bezuges von Streit- beziehungsweise Erwerbslosenunterstützungen sollen in Zukunft die satzungsmäßigen Vollbeiträge entrichtet werden. Die 4. Stufe soll vorläufig bei allen Unterstützungen in Wegfall kommen. Kollegen ohne irgendwelche Unterstützungen sollen künftig beitragsfreie Marken erhalten. Dies sind neben dem schon im „Maler“, Nummer 48, erwähnten Antrag, erwerbslose Kollegen ohne Eintrittsgeld in die Organisation aufzunehmen und einen Beitrag von nur 10 J. wöchentlich von ihnen zu verlangen, die wichtigsten beantragten und beschlossenen Satzungsänderungen. Durch den schon in Vorbereitung befindlichen Nachtrag zu den Verbandsatzungen sollen die Kollegen über eine ganze Anzahl weiterer, aber nicht schwerwiegender Satzungsänderungen informiert werden.

Kollege Ringel berichtete in diesem Zusammenhang über die Vermögensverhältnisse des Verbandes. Aus den Zahlen ergäbe sich die Notwendigkeit der vom Vorstand vorgesehenen weiteren Sparmaßnahmen, die nur durch Satzungsänderungen verwirklicht werden könnten. Andere Verbände seien schon längst zu ähnlichen Eingriffen und Reduzierungen ihrer Ausgaben gezwungen worden. Es sei besser und empfehlenswerter, jetzt das Notwendige zu tun, als noch zu warten und später noch schärfer eingreifen zu müssen.

In der regen, sehr sachlichen Aussprache verankerten die Beiratsmitglieder nicht die Notwendigkeit zu weiteren Einsparungen. Es sei aber möglich, daß sich hier und da bei der Durchführung der neuen Satzungsbestimmungen

Der zweite Schlag richtete sich gegen die republikanische Regierung in Preußen. Staatsmänner wie Braun und Severing wurden mit Gewalt von ihrem Amt vertrieben. Hunderte von Beamten vom Staatssekretär bis zum Rangleidener herab, wurden ebenfalls von ihren Posten verjagt. Reaktionäre Elemente traten an ihre Stelle. Dadurch versuchte man den politischen Einfluß der Arbeiterklasse empfindlich zu treffen.

Dies alles hat aber nichts genügt. Auch die Regierung der Barone konnte ihre Herrschaft unmöglich auf die Dauer gegen 90% der Bevölkerung aufrecht erhalten. So trat sie ab. Die Hinterlassenschaft des „autoritären Experiments“ ist fürchterlich. Daß das deutsche Volk derartiges über sich ergehen lassen mußte, liegt daran, daß es sich bei den Wahlen für Leute entschied, auf deren Rücken solche Elemente wie Papen und Konjorten in die Macht gelangen konnten. Ehe die breite Masse des Volkes sich nicht entschließt, mit der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften für eine Stabilisierung der deutschen Verhältnisse zu wirken, dürften sich derartige Experimente wiederholen. Das Erwachen aus diesen Illusionen wird fürchtbar sein. Hoffentlich ist es dann zur Umkehr nicht zu spät.

haben zeigen würden. In diesen Fällen müßte der Vorstand die Satzung lokal ändern. Einige Änderungsanträge wurden, nachdem sie der Vorstand als nicht annehmbar bezeichnet hatte, zurückgezogen.

Nachdem Kollege Bag auf einige Ausführungen in der Debatte näher eingegangen war, wurde die Vorlage des Beiratsbeschlusses, die Satzungsänderungen betreffend, einstimmig angenommen.

Kollege Schwabe referierte sodann über den letzten Tagesordnungspunkt: Stellungnahme zum Fachblatt „Der Maler“. Nach einigen einleitenden Worten erinnerte er an die Gründe, die den Verbandsvorstand 1925 veranlaßten, das Fachblatt ins Leben zu rufen. Grundfänglich habe sich seitdem nichts geändert. Die Erweiterung der Berufsgrundlagen müsse auch fernerhin angestrebt werden, und ebenso habe das Fachblatt noch seine Bedeutung als Ausdruck des Kulturwillens der Kollegenchaft. Naturgemäß könne das Rentabilitätsprinzip bei einem derartigen Unternehmen nicht ausschlaggebend sein. Kollege Schwabe schilderte darauf die Entwicklung des Fachblattes vom Tage der Gründung an bis zur Gegenwart. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufstiegs konnte diese befriedigen; die Zahl der Abonnenten stieg, so daß auch das finanzielle Ergebnis annehmbar war. Der Verlag leide aber jetzt, wie alle Verlage gleicher oder ähnlicher Art, unter den Folgen der Wirtschaftskrise, weshalb es notwendig sei, neue Kalkulationsgrundlagen zu finden. Dabei solle versucht werden, wieder mehr an die Kollegen heranzukommen, wozu eine wesentliche Senkung des Abonnementpreises beitragen dürfte. Der Vorstand schlage nach reiflicher Ueberlegung vor, das Fachblatt vom 1. Januar 1933 an an die Kollegen für 1,50 M. im Vierteljahr abzugeben. Auch Nichtorganisationsangehörige, die bisher 5 M. vierteljährlich zahlten, sollen es zu einem ermäßigten Preis erhalten. Um die Herstellungskosten zu verringern, würden die Inseratenseiten wohl aus dem Best herausgenommen werden; auch denke man daran, die Zahl der Tafeln einzuschränken.

Kollege Bag fügte ergänzend hinzu, daß beim Einstellen des Fachblattes eine Lücke entstehen würde, denn es sei nach wie vor das sachlich führende Organ für das deutsche Maler- und Lackierergewerbe. Das Fachblatt sei auch ein wichtiges Instrument bei der Erledigung unserer beruflichen Aufgaben; vor allem für die Jugendlichen und Lehrlinge. Hinzu komme, daß der Verlag eine ganze Reihe erstklassiger Fachwerte vertreibe. Wenn die Abonnentenzahl aus Kollegentreifen zurückgegangen sei, so wohl in erster Linie aus dem Grunde, weil die Kollegen in der heutigen Zeit keine praktische Verwendbarkeit für die durch das Fachblatt erhaltenen Anregungen haben.

In einer außerordentlich hochstehenden Debatte setzten sich die Beiratsmitglieder für den weiteren Bestand des „Fachblattes“ in der vom Kollegen Schwabe für den Verbandsvorstand vorgeschlagenen Weise ein. Die vom Vorstand vorgetragene Gesichtspunkte fanden dabei volle Würdigung.

Von den Kollegen Bag und Schwabe wurde noch auf einige in der Debatte aufgeworfene Fragen eingegangen. Vielleicht sei es möglich, in besseren Zeiten eine

solidere Grundlage für den Verlag zu schaffen, indem ein

Es wurde darauf einmütig beschlossen, das "Fachblatt für Maler" unter den vorgetragenen Bedingungen weiter-

**Aufklärung über die Arbeitslosenwinterzulage**

Auf Grund der Verordnung vom 19. Oktober 1932 zur Ergänzung von sozialen Leistungen, sowie der Durch-

Da unter den Arbeitslosen über die Winterzulage viele Unklarheiten vorhanden sind, zumal die Zulage eine umständliche Regelung gefunden hat, so sei hierüber eine

**Wie hoch ist die Zulage?**

Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs

- 1. bei Arbeitslosen mit 1 oder 2 zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 M.;
2. bei Arbeitslosen mit 3 oder 4 zuschlagsberechtigten Angehörigen 3 M.;
3. bei Arbeitslosen mit mehr als 4 zuschlagsberechtigten Angehörigen 4 M.

Vermehrt sich die Zahl der Zuschlagsberechtigten, so zum Beispiel von 2 auf 3, so wird die Zulage nach der

Die Zulage ist auf volle Unterstüzungswochen (= sechs Tage) abgestellt. Zulagenbruchteile für 1 bis 5 Unter-

Die Einzelstage, die beispielsweise regelmäßig bei Einreihung in den Auszahlungsturnus der Arbeitsämter an-

Erlaubt man der Arbeitslose später aus der Hauptunterstützung aussteigt, werden die nichtberücksichtigten

**Wer erhält die Winterzulage?**

Die Winterzulage erhalten die Arbeitslosen, die in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung stehen, sofern sie der Lohnklasse I bis VI angehören und unterstützung-

**Wie hoch sind die Unterschiedsbeträge?**

In den Orten der Ortsklasse B (bis 50 000 Einwohner einschließlich) sowie in den Orten der Ortsklassen C bis E

**Die Wandmalereien im Münchener Hofbräuhaus**

Unter den Sehenswürdigkeiten Münchens steht das Hofbräuhaus nicht an letzter Stelle. Jeder Fremde muß es gesehen haben. Nicht immer war dieses historische

Die Schaffung des großen Saales, der wohl die Hauptsehenswürdigkeit des Hofbräuhauses bildet, war ursprünglich in dem Bauprogramm nicht vorgesehen.

Der Maler mußte natürlich bemüht sein, die Zweckbestimmung des Hauses wie seine Vorgeschichte zum Ausdruck zu bringen.

kommen in den Lohnklassen VII und VIII folgende Unterschiedsbeträge in Frage:

Table with 2 columns: Lohnklasse and Anzahl der Zuschlagsempfänger (1-6). Rows VII, VIII, IX, X, XI.

Winterzulage und Hilfsbedürftigkeitsprüfung. Auch diejenigen Arbeitslosen- und Krisenunter-

**Wanderungen nach Oesterreich**

Nach Mitteilungen vom Vorstand des Bundes der freien Gewerkschaften Oesterreichs hat die

bleibt die Zulage außer Betracht. Wenn zum Beispiel in der Unterstüzungsguppe B (Ortsklasse B, mit weniger

**Wann fällt die Winterzulage weg?**

Am 1. April 1933. Bei Falschauszahlungen ist jedem Arbeitslosen dringend zu empfehlen, hiergegen sofort Einspruch zu erheben.

**Erlaubt man die Winterzulage, dann Geschäftsbelebung**

Im "Maler" Nr. 47 wurde ein Schreiben des Schutzvereins für Handel und Gewerbe im Saargebiet an die

Der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien schreibt zum Schluß eines Ueberblicks über die deutsche

eine ideale Auffassung zeigen. Um nun die Zweckbestimmung des Hauses, die Darreichung des stärkenden Trunkes,

belebung wird folgendes festgestellt: Die Lohnentommen steigen nicht in gleichem Maße wie die Produktion, so daß

**Silte für Mieter und Siedler**

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Lohn- und Gehaltskürzungen haben zahlreiche Neubaumieter und Siedler in eine unerträgliche Notlage

- a) weitere Mittel für Miet- und Zinszuschüsse den Bezirksfürsorgeverbänden und bedrängten gemeinnützigen Baugenossenschaften zur Verfügung zu stellen;
b) auf die sozialen Kreditinstitute der öffentlichen Körperschaften, insbesondere auf die Sparkassen, einzutwirken, daß Verwaltungskostenbeiträge für gewährte Wohnbaukredite nicht mehr erhoben werden;
c) daß der Tilgungssatz bei Mietzinssteuermitteln herabgesetzt und die völlige Aussetzung der Tilgungsraten in besonderen Fällen mehr als bisher zugelassen wird.

bei der Reichsregierung dringend vorstellig zu werden:

- a) daß eine den reduzierten Löhnen, Gehältern und Unterstüetzungen angepasste Senkung der Zinsverpflichtungen für Siedler und eine Senkung der Neubaukosten durch Herabsetzung des Zins- und Tilgungssatzes für Hypotheken, die für Wohnbauzwecke gegeben wurden, erreicht wird;
b) daß den in Neubauwohnungen untergebrachten Untervermietern und Siedlern ebenfalls Mietbeihilfen, wie den Mietern in Altmwohnungen, zur Verfügung gestellt werden;
c) daß den Ländern und Gemeinden durch das Reich Mittel überwiesen werden, um die in früheren Jahren vorgenommenen Vorgriffe und eingegangenen Zinsverbilligungen auszugleichen.

**Deutsch-französische Zusammenarbeit in andern Ländern**

In Berlin tagte kürzlich der vierte Unterausschuß der deutsch-französischen Wirtschaftskommission. Das

fenstern füllen die Darstellungen 1. des alten Marienplatzes, auf dem früher der Bod geschänkt wurde; 2. des

Am meisten Interesse bietet natürlich das Hauptbild. Wir sehen auf demselben den Jägerwirt vom Tal, wie er

Der Komposition des Malers wurden durch die Architektur nicht unerhebliche Schwierigkeiten bereitet, die

besonders in den Fällen, in denen die Durchführung finanzieller Transaktionen damit verbunden ist. Man will versuchen, starke Kapitalkräfte für die Ausführung solcher Arbeiten zu interessieren. Hauptächlich kommen englische Banken hierfür in Frage. Wie der Führer der französischen Delegation, Unterstaatssekretär Raymond Patenôtre, einem Journalisten erklärte, sollen die Arbeiten den Neubau von Wegen und die Ausführung anderer öffentlicher Projekte zum Ziele haben. Man denkt dabei an die Länder Rumänien, Polen, Persien, Ägypten und den Irak. Die prozentuale Verteilung der Kräfte im englisch-französisch-deutschen Syndikat mit dem offiziellen Namen „Syndicat Européen d'Entreprise“ ist folgendermaßen: England 40%, Frankreich 40% und Deutschland 20%. Nach Patenôtre ist der deutsche Anteil deswegen geringer, weil die Finanzierung hauptsächlich durch ausländische Gesellschaften vorgenommen werden soll. Durch Inangriffnahme derartiger Arbeiten erhofft man eine Wirtschaftsbelebung in den drei Industrieländern und in denjenigen, wo die Arbeiten ausgeführt werden. Eine derartige Zusammenarbeit zum Wohle der Menschheit ist besser als alle kriegerischen Auseinandersetzungen zusammen.

**Zum Thema: Schwarzarbeit**

In den Unternehmerzeitungen werden oftmals Klagen über Schwarzarbeit geführt, die unser gemes Gewerbe ruinieren soll. Ueber Mißstände, die ebenso gefährlich und beachtenswert sind, geht man aber stillschweigend hinweg. Dazu sei hier einiges gesagt.

Ein hiesiger Industrie-Konzern (Vereinierte Stahlwerke) hat tausende eigene Wohnungen, in denen Werksangehörige wohnen. Der Konzern stellt nun den Wohnungsinhabern auf Wunsch gratis Lacke zur Verfügung, damit sich diese selbst die Fenster von außen streichen können, natürlich müssen sie diese Arbeit umsonst ausführen. Daß dadurch dem Malergewerbe viel Arbeit und Verdienstmöglichkeit verlorengeht, braucht nicht erst besonders erwähnt zu werden.

Einem aufmerksamen Beobachter fällt es auch auf, daß sich in der letzten Zeit die Tapeten- und Farbengeschäfte in Hamburg mindestens verdoppelt haben. Dies ist nun nicht die Folge davon, daß sich der Absatz an Maler- und Anstreicher-Bedarfsartikeln in der letzten Zeit bedeutend gehoben hat. Die Ursache dafür ist vielmehr wo anders zu suchen. Manche Malermeister, denen es an Aufträgen mangelt, eröffnen derartige Tapeten- und Farbengeschäfte. Sie verkaufen aber weniger Materialien an ihre Kollegen, sondern spekulieren auf den Kauf durch Mieter und Hausbesitzer, weil diese für die Ausführung von Schönheitsreparaturen keinen Fachmann bezahlen können oder wollen und deshalb selbst anstreichen und tapezieren. Der Farbenhändler kommt dieser Randschaft in jeder Weise entgegen und unterstützt sie mit Rat und Tat. So werden Streichbürsten und Pinsel gegen eine kleine Gebühr stundenweise verliehen. Viele Artikel sind, wie es jedem Kollegen bekannt ist, schon von der Fabrik mit einer Gebrauchsanweisung versehen. Schilder in den Fenstern der Farbengeschäfte verkünden aber, daß auf Wunsch Farben jeglicher Art freischieflich angerührt und den Kunden alle notwendigen fachlichen Ratschläge erteilt werden. Der Dienst am Kunden ist in dieser Branche scheinbar außerordentlich weit entwickelt; denn man liefert größeren Abnehmern die Ware nicht nur gratis ins Haus, sondern gewährt auch noch Mengen-Rabatt. Man gibt also die Ware fast zu Großhandelspreisen ab um die Selbststreicher anzuspornen, recht viel Farbe zu beziehen.

Mit diesen Hinweisen ist gewiß noch lange nicht alles Notwendige über dieses Gebiet gesagt, aber doch schon bewiesen, daß die Schwarzarbeit oftmals begünstigt, ja teilweise direkt von Malermeistern selbst angeregt wird. Wenn die hiesige Maler-Initiative vor nicht langer Zeit den Schwarzarbeitern mit Motorrad-Patrouillen zu Leibe gehen wollte, so sollte sie sich doch auch diese Verhältnisse etwas näher ansehen. Sie würde wohl dann auch zu der Ueberzeugung kommen, daß die Bekämpfung der Schwarzarbeit auch noch von einer andern Seite aus gesehen muß.

Karl Warbohan, Hamburg.

**Starke Tätigkeit der Schlichtungsbehörden**

In dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit spielen die Schlichtungsbehörden in Deutschland eine große Rolle. Es ist bemerkenswert, daß die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden selbst in der Krise nicht nachgelassen hat. Im Reichsarbeitsblatt Nr. 31 wird über die Schlichtungsverfahren im Jahre 1931 berichtet. Insgesamt wurden in diesem Jahre von den Schlichtungsbehörden 6898 Verfahren eingeleitet, und zwar vor Schlichtungsausschüssen 6330, vor ständigen Schlichtern 457 und vor den vom Reichsarbeitsminister für besondere Fälle bestellten Schlichtern 111 Verfahren. Die Inanspruchnahme der Schlichtungsbehörden bewegte sich auf der durchschnittlichen Höhe der Jahre 1927 bis 1929. Als Streitgegenstand stehen Lohn und Gehalt weitaus an erster Stelle. Allein oder in Verbindung mit andern Fragenkomplexen galten fast neun Zehntel aller Schlichtungsverhandlungen der Lohn- und Gehaltsregelung. Die Erledigung der Streitigkeiten vollzog sich in der Mehrheit (71,2%) aller Fälle in der Weise, daß es zur Bildung einer Schlichtungskammer kam. Die übrigen Streitigkeiten konnten teils im Vorverfahren oder auf sonstige Weise beigelegt werden. Nur in 13% aller Fälle kam es vor der Schlichtungskammer zu einer Einigung zwischen den Streitparteien. In rund 80% der Fälle wurde ein Schiedspruch gefällt. Von den durch Schlichtungsbehörden gefällten Schiedsprüchen wurden 59% von den Streitparteien abgelehnt. Die Ablehnung der von den Schlichtungsbehörden gefällten Schiedsprüche gingen in der Mehrzahl der Fälle von Arbeitgeberseite aus. Anträge auf Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche wurden bei den ständigen Schlichtern und bei dem Reichsarbeitsminister in insgesamt 1830 Fällen gestellt. Rund zwei Drittel dieser Anträge gingen von der Arbeitnehmerseite aus. Diese Angaben lassen selbst im Krisenjahr 1931 eine starke Tätigkeit der Schlichtungsverfahren erkennen.

**Steigende Übernachtungszahlen in den deutschen Jugendherbergen**



Jugendwandern trotz Wirtschaftskrise.

Es ist eine erfreuliche Feststellung, die der Reichsverband der deutschen Jugendherbergen dieser Lage veröffentlichte, daß auch im Jahre 1932 trotz der Not, die im deutschen Volke überall herrscht, die Zahl der Übernachtungen in den deutschen Jugendherbergen weiter ansteigt. Die Zahl der Herbergen, die der Jugend zur Verfügung stehen, ging zwar zurück, weil die Mittel nicht mehr in dem Umfange wie früher zur Verfügung stehen, aber die andern Jugendherbergen werden um so eifriger besucht. Wenn man bedenkt, daß ein Drittel der deutschen Jugend, die aus den Schulen kommt, keine Stellung im Wirtschaftsleben findet, so kann man erwarten, wie wichtig das Jugendherbergengewerbe für die deutsche Wirtschaft heute ist.

**Genossenschaftlicher Anschauungsunterricht**

Gerade die so unsagbar schwere und traurige Wirtschaftsnöte unserer Zeit muß in verstärktem Maße dahin führen, alle Wirtschaftsmittel in Bewegung zu setzen und bis zur letzten Konsequenz auszunutzen, die zunächst zur Linderung und letzten Endes zur Mitwirkung beim Umbau der kapitalistischen Privatwirtschaft in eine zweckmäßige Planwirtschaft beitragen können. Daß das Genossenschaftswesen in seiner Gesamtheit, insbesondere aber die Konsumgenossenschaften, alle Elemente einer solchen Planwirtschaft enthalten, ist für jeden tiefblickenden Genossenschaftler eine unbestreitbare Tatsache, die schon durch die praktischen wirtschaftlichen Wirkungen der Genossenschaften, gegründet auf deren anders gearteten Wirtschaftsmethoden und Grundzüge, als die der Privatwirtschaft eigenen erhärtet ist. Die Tatsache beispielsweise, daß das eigene Betriebskapital (Geschäftsanteile) der Konsumvereinsmitglieder in Form von Rückvergütung und Bilanzüberschuß noch im Jahre 1931 mit nahezu 80% „verzinst“ wurde — im Zentralverband deutscher Konsumvereine betragen im Jahre 1931 die Geschäftsanteile rund 70 Millionen Mark, Rückvergütung und Ertrag rund 55 Millionen Mark —, zeigt einwandfrei eine finanzielle Leistungsfähigkeit, die gerade in der gegenwärtigen Zeit der Wirtschaftszerrüttung von der Privatwirtschaft nicht aufgebracht werden kann. Wobei außerdem die unbeschränkte Warenpreisregulierung durch die Konsumgenossenschaften noch einen besonderen Aktivposten genossenschaftlicher Wirtschaftsleistung darstellt.

Aber nicht nur die genossenschaftlichen Wirtschaftsmethoden, die vor allem den Massen der „kleinen Leute“ zugute kommen, geben einen praktischen Anschauungsunterricht von der planwirtschaftlichen Eignung und Leistungsfähigkeit einer gesunden genossenschaftlichen Volkswirtschaft. Diesen Anschauungsunterricht vermittelt schon die weltumspannende internationale Organisation der Wirtschaft in allen industriell erschlossenen Ländern mit mehr als hunderttausend Genossenschaften aller Art, die schätzungsweise 100 Millionen Mitgliederfamilien umfassen, von denen rund 70 Millionen auf die Konsumgenossenschaften entfallen und wodurch nicht weniger als rund 250 Millionen Personen der Konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung und Produktion angeschlossen sind.

Eine Einzelbetrachtung der englischen Genossenschaftsbewegung der Konsumenten gibt den stärksten Einblick in die Wirtschaftswelt der Genossenschaften und ihre

**Citern! Gewerkschafter!**

In den freien Gewerkschaften sind Lehrlinge und jugendliche Arbeiter organisiert. Sie kommen in Jugendabteilungen zusammen. Dort erwerben sie geistiges Rüstzeug für den Lebenskampf. Sind eure Söhne und Töchter in der Gewerkschaftsjugend? Nein? Dann säumt nicht länger. In den Gewerkschaften hat sich jung und alt zusammenzufinden; es muß gemeinsam gewirkt werden, um im Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion zu bestehen. Führt eure Söhne und Töchter der Gewerkschaft zu! Halte sie zum regelmäßigen Besuch der Jugendveranstaltungen an. Ihr erweist ihnen und euch selbst einen Dienst, denn gute Gewerkschaften vermehren Schlagkraft und Erfolge der Arbeiterbewegung.

überragende Bedeutung für die Volkswirtschaft des ältesten Industrie- und Handelslandes der Welt, die in fünf folgende Organisationszentralen gegliedert ist.

1. Britischer Genossenschaftsverband mit 1221 Genossenschaften und 6,3 Millionen (Deutschland zirka 2,8 Millionen) Mitgliedern. Das Anteilskapital beträgt rund 2,5 Milliarden Mark. (Deutschland 70 Millionen Mark.)

2. Englische Großeinkaufsgesellschaft mit 1084 Genossenschaften und 5,1 Millionen Mitgliedern. Finanzmittel: 1620 Millionen Mark.

3. Bankabteilung der Englischen Großeinkaufsgesellschaft mit 62.000 Konteninhabern und 1200 Millionen Mark Kapital.

4. Schottische Großeinkaufsgesellschaft mit 251 Genossenschaften und 180 Millionen Mark Kapital.

5. Versicherungs-genossenschaft der englischen und schottischen Großeinkaufsgesellschaft (Lebens-, Pensions-, Feuer- und allgemeine Unfallversicherung) mit 280 Millionen Mark Aktiven.

Diese wenigen Zahlen zeigen den großen Anteil der Konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung, Produktion und Geldverkehr an der englischen Volkswirtschaft und machen erklärlich, warum die in England schon seit dem Jahre 1922 in der Privatwirtschaft grassierende Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 2,5 Millionen Personen auch nicht annähernd zu der Wirtschaftszerrüttung geführt hat wie in — Deutschland. Oder auch in Amerika, wo die Konsumgenossenschaftliche Bewegung noch gänzlich in den Kinderschuhen steckt.

Die deutschen Verbrauchermassen können noch sehr viel von den englischen „Vettern“ lernen, wenn sie den Sinn der Planwirtschaft richtig erfassen. —II.

**Gewerkschaftliches**

**40 Jahre Maschinisten- und Heizer-Verband.**

Vor wenigen Tagen konnte der Verband der Maschinisten und Heizer auf eine vierzigjährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Die ersten Bestrebungen zur Gründung eines Verbandes gingen von dem im Jahre 1877 nach einem Referat von Erhard Bernstein ins Leben gerufenen Berliner Maschinisten- und Heizerverein aus. Aber erst nach jahrelangen Bemühungen gelang es, gelegentlich einer Tagung von 14 Ortsvertretern am 20. und 21. November in Berlin, den Verband zu gründen. Die Vorwärtsentwicklung ging nur sehr langsam vonstatten, denn die junge Organisation hatte nicht nur mit dem Widerstand der Unternehmer zu kämpfen, sondern teils auch mit dem Ständesinn und der Gleichgültigkeit der zu organisierenden Arbeiter. Zunächst war auch die Verbindung der Ortsgruppe zur Zentrale noch eine sehr lose. Die Verbandsgeneralsammlung 1900 in Nürnberg beschloß die Zentralisierung und gab dem Verband einheitliche Satzungen. Damals wurde auch der Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beschlossen. Im Laufe der nächsten Jahre wurden die verschiedensten Unterfunktionszweige im Verband eingeführt, wodurch schon allein auch ein Ausbau der Verwaltungen notwendig wurde. Seit 1906 hat der Verband eine endlose Kette von Lohn- und Arbeitskämpfen durchgeführt, wodurch es ihm gelungen ist, die früher menschenunwürdige Berufsfrage seiner Mitglieder zu verbessern.

Wir wünschen dem Verband der Maschinisten und Heizer auch für die Zukunft eine dem Wohle seiner Mitglieder dienende weitere günstige Entwicklung.

**Kollege Purfürst, Düsseldorf, gestorben.**

Die Filiale Düsseldorf unseres Verbandes und mit ihr unsere ganze Organisation, ja, die gesamte Arbeiterbewegung hat einen nimmer rastenden opferbereiten Streiter verloren. Arno Purfürst hat im Laufe vieler Jahre, in denen er nicht nur Gewerkschaftsfunktionär war, er gehörte von 1928 bis 1931 auch unserem Verbandsbeirat an, sondern auch in der Sozialdemokratischen Partei Düsseldorf eine Rolle spielte, die bortige Konsumvereinsbewegung fördern half, zeitweise als Stadtverordneter fungierte, im Vorstand des Ortsausschusses des ADGB und der Ortskrankenkasse saß, gezeigt, wie sehr ihm das Wohl der Kollegen und darüber hinaus aller Arbeitnehmer am Herzen lag. Kollege Purfürst war in seiner bescheidenen Art, dem keine Kleinarbeit zu viel wurde, ein nachleistungswürdiges Vorbild. Nur 52 Jahre alt, ist er, ein spätes Opfer des völkermordenden Weltkrieges, viel zu früh abgerufen worden. Alle Kollegen, die Gelegenheit hatten, den Verstorbenen näher kennenzulernen, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Gustav Haupt †**

Am 19. November starb der Branchenleiter für die chemische Industrie im Hauptvorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes, Gustav Haupt. Ein tapferer Streiter für die Sache der Arbeiterschaft ging mit ihm dahin. Gustav Haupt wurde 1870 in Halberstadt geboren. Tischler von Beruf, wirkte er schon frühzeitig in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung seiner Vaterstadt. 1899 zeichnete er als Redakteur der Halberstädter „Volkzeitung“.

Nachdem er einige Jahre neben seiner Berufsarbeit die Zahlstelle Vizefeld des Fabrikarbeiter-Verbandes geleitet, betraute ihn der Vorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes mit der Leitung der Zahlstelle Ludwigs-Hafen a. Rh. Dort in einer der Hochburgen der chemischen Industrie, bekannt durch ihre Gewerkschaftsfeindschaft und die Züchtung gelber Wertvereine, hat Gustav Haupt eine sehr erfolgreiche gewerkschaftliche Aufbauarbeit geleistet.

Von 1919 ab wirkte er als Branchenleiter der chemischen Industrie im Hauptvorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes. Hier hat er insbesondere die Bestrebungen des Fabrikarbeiter-Verbandes auf Verbesserung des

Gesundheitschuges in der chemischen Industrie eifrig gefördert. Darüber hinaus wirkte er auf dem Gebiete der Gewerbehygiene in der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. Bei dieser Gelegenheit hat er sich auch stets für die von unserer Organisation auf diesem Gebiete erhobenen Forderungen eingesetzt, wofür wir ihm zu ganz besonderem Danke verpflichtet sind. Er forderte mit uns die gesetzliche Entschädigungspflicht für Berufskrankheiten. Haupt war Vorstandsmitsglied der „Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene“, die seine auch von der Fachwissenschaft anerkannte Mitarbeit im Jahre 1930 durch Verleihung der „Artur-von-Weinberg-Medaille“ ehrte. Gustav Haupt, der freiwillig aus dem Leben schied, hinterläßt eine fühlbare Lücke in der Gewerkschaftsbewegung. Sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Sozialpolitisches

### Die Weltarbeitslosigkeit

Wenn man die Industriestaaten der Welt nach der Arbeitslosigkeit registrieren will, so erhält man nachstehende Reihenfolge: Arbeitslose in Prozenten der Gesamtbevölkerung waren vorhanden in den Vereinigten Staaten von Amerika 9,2, Deutschland 8,5, Danzig 7,6, Großbritannien 6,2, Oesterreich 5,8, Saargebiet 4,9, Tschechoslowakei 4,0 usw. Die geringsten Arbeitslosen haben Agrarstaaten wie Estland, Lettland, Finnland und Jugoslawien. Frankreich liegt mit 2,7 Arbeitslosen über Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden und Ungarn. Gegen 1931 hat sich das Gesamtbild sehr verschoben.

### Ausgebentete Kinder

Kinder gehören nicht ins Erwerbsleben. Aber die Zahl der Kinder, die dennoch gewerblich tätig sind, ist sehr groß. Das zeigen uns die Untersuchungen, die man hier und dort anstellt.

So hat man diese Verhältnisse kürzlich in Länderscheid durch eine Umfrage festgestellt. Und da ergab sich, daß von 3513 Schülern unter 14 Jahren gegen Lohn beschäftigt waren: 679 Kinder in Heimarbeit, 120 Kinder beim Austragen von Waren, 74 Kinder in Hausarbeit bei Fremden, 49 Kinder mit der Beaufsichtigung von Kindern in anderen Familien. 18 Kinder waren in der Landwirtschaft beschäftigt und 9 Kinder im Handelsgewerbe.

Damit leisteten 20,1 % der Kinder Arbeit für andere. Jedes fünfte Kind verdiente Geld für die Familie, zu der es gehörte.

Und wenn darunter natürlich die Schularbeiten leiden und das Kind vielleicht nicht gut mitkommt, dann erklärt der Philister: die intellektuelle Begabung ist im Arbeitswelke nicht so groß als in den bestgestellten Kreisen.

### Prämien für niedrige Löhne.

Das der Handelshochschule Nürnberg angegliederte Institut für Wirtschaftsbeobachtung stellt Untersuchungen an über die Wirkung des Papen-Plans auf die Fertigungsindustrie. Bezüglich der Einstellungsprämie und der Lohnabzüge wird ausgeführt, daß die Lohnkostenverbilligung prozentual eine um so höhere ist, je niedriger die Löhne in einem Zweige oder in einem Wirtschaftsgebiete sind. Wörtlich heißt es: „Der größte Kostenverzug ergibt sich für den Betrieb, der 1. einen hohen Lohnanteil hat; 2. einer Branche mit absolut niedrigen Löhnen angehört und außerdem in einem Wirtschaftsgebiet liegt, in dem die Löhne an sich sehr billig sind.“ Wie man sieht, ist der Aufwuchsplan, soweit er von der Lohnseite her vorgenommen wurde, eine Prämie für niedrige Löhne.

## Verständenes

### Politische Stabilität in demokratischen Ländern.

Nach Schweden hat jetzt auch Dänemark Parlamentswahlen gehabt. Es ist sehr bezeichnend, daß die Folkethingwahlen vom 16. November der bisherigen Regierung, die von Sozialdemokraten geführt wurde, einen bemerkenswerten Sieg gebracht hat. Die Sozialdemokraten konnten ihre Stimmzahl um 67 000 vermehren. Die Kommunisten hatten ebenfalls Erfolge zu verzeichnen, doch brachten sie es nur auf 17 000 Stimmen. Die bisherige Koalition, Sozialdemokraten und Demokraten, wird also auch in Zukunft die sichere Mehrheit haben. Dieser namenswerte Erfolg der Regierung ist nicht zuletzt dem Ministerpräsidenten Stanning zu verdanken. Vor allem aber zeigt diese Parlamentswahl, ähnlich wie die in Schweden, daß in demokratischen Ländern das Volk seine Reife bewahrt hat und der Partei ihre Stimme gibt, die schon seit längerer Zeit ihre Zuverlässigkeit erwiesen und durch praktische Tätigkeit Erfolge erzielt hat.

### Der Alkoholverbrauch in der Krise.

Deutschland gilt als ein trinkfreudiges Land. Es werden hier erhebliche Mengen von Alkohol umgesetzt. Doch ist in der Nachkriegszeit niemals die Vorkriegsmenge erreicht worden. In Prozenten von 1913 sank der Bierkonsum je Kopf der Bevölkerung verbrauchenden Bevölkerung im Jahr 1930 auf 64, 1931 auf 52 und im ersten Vierteljahr 1932 auf 41. Noch größer war der Rückgang des Verbrauchs an Frischbier. Wurden hier im Jahr 1929 noch 43 % der Menge von 1913 je Kopf der erwachsenen Bevölkerung verbraucht, so sank diese Menge in den ersten Monaten dieses Jahres auf 18. Es wurde also kaum ein Fünftel des Brauwassers konsumiert als im letzten Vorjahr. Die Krise hat die Bevölkerung

Deutschlands zur Enthaltensamkeit gezwungen. Aus einer zwangswiseigen Entwöhnung ergibt sich vielfach eine natürliche. Deshalb ist die Annahme berechtigt, daß die Alkoholmengen der Vorkriegszeit niemals mehr verbraucht werden.

### Etwas von der Filmwirtschaft

In Deutschland gibt es 5071 Lichtspieltheater mit 1 900 000 Sitzplätzen. 68 % der Lichtspieltheater sind mit Sonofilmapparaten ausgestattet. Die Bruttoeinnahme der Lichtspieltheater beträgt etwa 200 Millionen Mark. Das deutsche Filmgeschäft mit dem Ausland war mit 15 Millionen Mark aktiv. 44 % aller Kinobesucher bevorzugen die billigen Plätze.

### Das praktische Weihnachtsgeschenk.

Das Lindcar-Fahrradwerk in Berlin-Lichtenrade, Unternehmen der freien Gewerkschaften, bietet für den Weihnachtseinkauf (zum Beispiel Fahrrad oder Nähmaschine) besonders günstige Gelegenheiten.

Die Lindcar-Nähmaschine ist als beste Wertmannarbeit bekannt und geschätzt, erschlüssig im Material, zuverlässig in der Leistung und gefällig in Form und Aussehen. Lindcar-Nähmaschinen erhält man schon von 141 M an. Es sind bei den Maschinen, je nach der Ausstattung, gegenüber der Konkurrenz Preisunterschiede von 20 bis 50 M, die beim Kauf einer Lindcar-Nähmaschine gespart werden. Dies, weil das Lindcar-Fahrradwerk ohne das bekannte Vertretersystem der Konkurrenz arbeitet und dadurch die hohen Provisionen seinen Käufern zugute kommen.

Die Nähmaschinen können bei den Ortsausschüssen des ADGB oder in den Niederlagen des Lindcar-Fahrradwerks in allen Teilen des Reiches bezogen werden.

### Neue Sprachkurse.

In der ersten Dezemberwoche beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins (Abendschule für jedermann) neue Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 9 M erhoben, Erwerbslose zahlen 5 M. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: Berlin N 24, Friedrichstraße 134 (nahe S- und U-Bahn Friedrichstraße). Das Schulbüro ist werktäglich außer Sonnabends von 15 bis 20 Uhr geöffnet.

## Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1932

Einnahmen	
A. der Filialen:	
Eintrittsgelder	125,60 M
Beiträge für die Hauptkasse	130 890,00
Broschüren, Jahrbücher, Protokolle	371,50
Beiträge zu den Verwaltungskosten	3 210,94
Beiträge zu 5 %	2 352,14
Extrabeiträge	1 118,00
Sonstiges	60,55
B. der Hauptkasse:	
Zinsen	21 044,89 M
„Der Maler“	49,00
Sonstiges	130,00
Durchgangsposten	3 736,58
Mehrausgabe	71 575,55
Summa . . . 234 664,75 M	
Ausgaben	
A. der Filialen:	
Reiseunterstützung	219,25 M
Arbeitslosenunterstützung	27 377,67
Krankenunterstützung	5 991,01
Invalidenunterstützung	22 591,00
Beihilfe in Sterbefällen	7 415,00
Rechtsschutz	242,76
Streikunterstützung	40 772,92
Gemafregeltenunterstützung	295,40
Sonderunterstützung	20,00
Bildungswesen	824,05
Verwaltungskosten	10 462,51
Soziale Beiträge	2 994,81
Sonstige Ausgaben	4,45
B. der Hauptkasse:	
„Der Maler“	16 189,17 M
„Der Lachierer“	1 635,57
„Malerjugend“	2 041,75
Agitation und Konferenzen	665,50
Caribewegung	600,75
Beitrag an den ADGB	3 186,25
Internationales Sekretariat	2 156,20
Flugblätter, Broschüren, Protokolle	3 487,40
Drucksachen	795,45
Statistik, Bibliothek	245,35
Bildungswesen	2 861,27
Verwaltungskosten, persönliche	14 846,00
sachliche	6 178,54
Soziale Fürsorge	11 718,30
Beteiligungen	1 350,00
Sonstige Ausgaben	24,00
An die Vermögensverwaltung	32,72
Durchgangsposten	5 389,70
Bezirksleitungen	12 050,00
Summa . . . 234 664,75 M	

Hamburg, den 24. November 1932.

Louis Ringel, Kassierer.

Residiert und für richtig befunden:

Hans Paz, Gustav Bejeuhr, Bruno Krebs, Bruno Müller.

## Patentamtliches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

### Gebrauchsmuster.

Rl. 75c. 238 770. Anschlagwerkstück für Spritzapparate und Zerstäuber. Maschinenfabrik Laube, Kurt und Rudolf Laube, Dresden A 16, Blasewitzer Straße 68.

### Erteilte Patente.

Rl. 75c. 565 588. Vorrichtung zum Entfernen alter Farb-, Leim- und Kalkanstriche von Decken und Wänden. Karl Rastau und Wilhelm Geis, Allenstein.

Rl. 75c. 565 602. Farbspritzvorrichtung. Fritz Reutsky, Leipzig C 1, Comeniusstraße 8.

### Angemeldete Patente.

Rl. 22g. R. 85 412. Verfahren zur Herstellung von Anstrichfarben oder dergleichen. Hugo Reinhard, Oberhausen in Rheinland, Schwarzstraße 65.

Rl. 75c. D. 62 962. Vorrichtung zur Demusterung größerer Wandflächen. Johann Dreiling, Worms am Rhein, Gymnasiumstraße 21.

Rl. 75c. M. 118 461. Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung gleichmäßig gemischter Anstrichmassen. Mannesmannröhren-Werke Düsseldorf, Berger Ufer 1b.

Rl. 75c. B. 12 830. Verfahren zur Herstellung von schnelltrocknenden Leberzügen. Patente G. m. b. H., Berlin W 35, Lilgowstraße 32.

## Literarisches

Ist der Zeitpunkt in der Bau- und Wohnungswirtschaft erreicht? Auf der vor kurzem in Hannover stattgefundenen Tagung des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen sagte Ministerialrat Durst vom Reichsarbeitsministerium in seiner Begrüßungsrede, er habe den Eindruck, als wäre der konjunkturelle Tiefstand der Bautätigkeit, mindestens beim Wohnungsbau, nunmehr erreicht, viellecht sogar bereits überschritten. Die vom ADGB herausgegebene Zeitschrift *Bauen und Wohnen* - *Wohnen*, die in ihrer letzten erschienenen Nummer 22 über diese Tagung berichtet, gibt in der im gleichen Heft abgedruckten Besprechungs- und Lohnsummenstatistik der sozialen Baubetriebe für den Monat September der gleichen Hoffnung Ausdruck. Der Berliner Stadtkämmerer, Bruno A. G., gibt im Zeitungsbericht Nummer an Hand eines amerikanischen Berichtes eine wertvolle Darstellung der Wohnungswirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein reichhaltiger bernischer Teil enthält noch eine Fülle von Mitteilungen, die Baugewerkschafter und Volkswirtschaftler interessieren.

Die Kellnerin Moll. Von Hans-Otto Senel. Kadelrotter-Verlag, Berlin W 15. Wer dieses Buch liest, wird erschüttert sein von dem brennenden Lebensweg der gut erzogenen und vergaarten Moll. Sie ist die Tochter eines Mannes, der in der Provinz aufgewachsen ist, die durch Politik und Politik in der Provinz aufgewachsen ist. Die Kellnerin Moll. Von Hans-Otto Senel. Kadelrotter-Verlag, Berlin W 15. Wer dieses Buch liest, wird erschüttert sein von dem brennenden Lebensweg der gut erzogenen und vergaarten Moll. Sie ist die Tochter eines Mannes, der in der Provinz aufgewachsen ist, die durch Politik und Politik in der Provinz aufgewachsen ist.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesündetliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 187. Kostenlos an den Schaltern der Krankenkassen erhältlich.

Es erschien: *Gewerkschafts-Archiv*, Heft 5, November 1932. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung mit der Zeitschrift „Sozialökonomische Rundschau“. Herausgegeben von Karl Zwina, Jena. Preis des Heftes 1,20 M. Zu beziehen durch die Buchhandlungen, Postanstalten und die Verlagshandlung Karl Zwina, Jena, die auf Verlangen auch Probehefte kostenlos zusendet.

Die Frauenwelt erscheint vierzehntägig. Ausgabe A ohne Schnittmusterbogen, 30 S.; Ausgabe B mit Schnittmusterbogen, 40 S. Bestellungen bei der Post, den Buchhandlungen, Partifunktionsären oder direkt beim Verlag, Berlin S-W 68, Lindenstraße 3. Es erschien Heft 24.

Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen *„Wachermarie“* und *„Sozialistische Erziehungsblätter“* ist zum Preise von 1,50 M je Vierteljahr durch die Post oder den Verlag F. S. W. Dies, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 S. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Vom 27. Nov. bis 3. Dez. ist die 48. Beitragswoche.

Vom 4. Dez. bis 10. Dez. ist die 49. Beitragswoche.

### Sterbetafel

Darmstadt (Zahlstelle Dieburg). Im Alter von 64 Jahren starb der Kollege Andreas Christ.

Frankfurt a. M. (Zahlstelle Windecken.) Am 16. November starb plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege Philipp Vogel im Alter von 52 Jahren. Seit dem Jahre 1903 hat er ununterbrochen unserem Verband angehört.

Hamburg. Unser langjähriges Mitglied Hugo Muffel starb am 17. November nach kurzer Krankheit im Alter von 48 Jahren. Der Verstorbene hat als Funktionär stets für den Gedanken der Organisation gewirkt.

Röslin. Infolge einer Lungenerkrankung ist unser lieber Kollege Emil Münchow am 11. November 1932 aus unsern Reihen geschieden. Wir verlieren mit ihm einen treuen Mitarbeiter.

Ehre ihrem Andenken!